



Erweiterter interministerieller Ausschuss für Integration (Vertreter der Ministerien und der Zivilgesellschaft) Protokoll der Sitzung am 26. Oktober 2021, 9h30 – 11h00, Webex

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Einleitung
2. Vorstellung der Ergebnisse des Studienberichts der OECD „Die Funktionsweise des Integrationssystems und seine Akteure im Großherzogtum Luxemburg“
3. Vorstellung des European Migrant Network (EMN) - National Contact Point Luxemburg
4. Aktueller Stand
5. Sonstiges

Anwesend:

Vetreter der Ministerien und der Zivilgesellschaft: Frau Nadine Conrardy (Croix-Rouge luxembourgeoise), Frau Laura Zuccoli (Asti), Herr Sergio Ferreira (Asti), Frau Anita Helpiquet (Clae), Herr Yves Schmidt (Caritas), Herr Sylvain Besch (Cefis), Herr Munir Ramdedovic (CNE), Herr Laurent Peusch (ADEM), Herr Laurent Solazzi (MECO), Frau Isabelle Wagner (MENJE), Frau Isabelle Schroeder (MEGA), Frau Mariza Guerreiro (MINT), Frau Sophie Lammar (MC), Frau Aurélie Spigarelli (MFP), Frau Joëlle Gilles (MJ), Frau Stéphanie Voll (MS), Herr Claude Tremont (MTEESS), Frau Nathalie Christmann (ONA), Herr Ben Max (MD), Herr Ralph Petry (EMN)

MIFA: Herr Jacques Brosius, Frau Conny Heuertz, Herr Pierre Weiss, Frau Cristina Eires

Entschuldigt:

Frau Elisabeth Reisen (MENJE), Herr Christopher Witry (MEGA), Frau Isabelle Reinhardt (MESR), Herr Alain Bliss (MAEE), Herr Pietro Lombardini (ONA), Frau Cynthia Jaerling (ONA), Frau Catherine Jost (MLOG), Herr Marc Konsbruck (MIFA).

1. Begrüßung und Einleitung

Frau Heuertz heißt alle Teilnehmer willkommen und dankt ihnen für ihre Anwesenheit. Dieser interministerielle Ausschuss wird sich mit den Themen befassen, die auf der Tagesordnung stehen.

2. Vorstellung der Ergebnisse des Studienberichts der OECD „Die Funktionsweise des Integrationssystems und seine Akteure im Großherzogtum Luxemburg“

Um die Ergebnisse der Studie kurz vorzustellen, erläutert Herr Weiss den Kontext, in dem die Studie in Auftrag gegeben wurde, und welche Ziele damit verfolgt wurden.

Die Studie über "Die Funktionsweise des Integrationssystems und seine Akteure im Großherzogtum Luxemburg" wurde von der OECD durchgeführt, um unter anderem die verschiedenen Aspekte der Integrationspolitik in Luxemburg sowie den aktuellen rechtlichen Rahmen zu bewerten. Diese Studie



führte nicht nur dazu, das Fachwissen der verschiedenen Schlüsselakteure der Integrationspolitik durch die Berücksichtigung ihres Feedbacks aufzuwerten, sondern ermöglichte es auch, die bestehenden Instrumente in einem internationalen Rahmen hervorzuheben. Schließlich sollten auch die sich daraus ergebenden Empfehlungen für die Überarbeitung des Gesetzes vom 16. Dezember 2008 über die Aufnahme und Integration von Ausländern im Großherzogtum Luxemburg berücksichtigt werden.

Die Datensammlung für diese Studie erfolgte durch eine Dokumentenanalyse (offizielle Texte, Studien...), eine Sekundäranalyse (offizielle Statistiken der OECD...), virtuelle Interviews mit politischen Akteuren (nationale Akteure, - kommunale Akteure, - Verbände und Gewerkschaften...) und durch einen Informationsaustausch mit der Integrationsabteilung des MIFA. Zu den Akteuren, die an den virtuellen Interviews teilnahmen, gehören: MIFA-DI, CNE, ADEM, MENJE, Comité interministériel à l'intégration, Direction de l'immigration du MAEE, STATEC, SYVICOL, GRESIL, CEFIS, ASTI, CLAE, Union des Entreprises Luxembourgeoises, CCCI Esch-sur-Alzette, CCCI Ville de Luxembourg, CCCI Colmar-Berg.

Anhand der gesammelten Daten wurden zwölf zentrale Integrationsherausforderungen in Luxemburg identifiziert, zählt Herr Weiss auf:

1. Das Erlernen der drei Amtssprachen;
2. Die berufliche Eingliederung von Asylsuchenden und insbesondere von Flüchtlingen (BPI);
3. Wohnliche Integration von BPIs und Zugang zu bezahlbarem Wohnraum;
4. Schulischer Erfolg von jungen Migranten und Nachkommen von Migranten;
5. Die Identifizierung der Empfänger von Integrationsmaßnahmen;
6. Die Entwicklung von Integrationsprogrammen;
7. Die Neubewertung des Stundenumfanges des Sprachunterrichts und des von den Teilnehmern zu erreichenden Niveaus;
8. Die Verknüpfung von Sprachunterricht und Aktivierung auf dem Arbeitsmarkt (berufsorientierte Sprachkurse);
9. Eine bessere Einschätzung der Bedürfnisse der Zuwandererbevolkerung;
10. Eine bessere Einbindung der Partner;
11. Die Regionalisierung der Integrationspolitik auf kommunaler Ebene;
12. Die Entwicklung eines integrierten/geteilten statistischen Systems und einer Sammlung von Forschungsarbeiten, unter anderem über Diskriminierung aufgrund der nationalen und/oder ethnischen Herkunft.

Schließlich erklärte Herr Weiss, dass die OECD-Experten daher die folgenden Empfehlungen vorschlagen würden:

- Das Erlernen der in Luxemburg praktizierten Sprachen verstärken;
- CAI und PIA auf die am stärksten "gefährdeten" Migranten und sogar auf Grenzgänger ausrichten;
- Bessere Koordinierung der Integrationspolitik;
- Auf kommunaler Ebene regionalisieren;
- Programme zur schulischen Unterstützung von Migrantenkindern entwickeln;
- Schulungen zum Thema Antidiskriminierung anbieten;
- Den sicheren Austausch integrationsrelevanter Daten erleichtern;
- Integrationsprogramme bewerten;
- Bewährte Methoden aufwerten.



Herr Brosius ermutigte die Anwesenden, die Studie zu lesen, da sie in ihrer Gesamtheit einen wirklichen Überblick über den aktuellen Stand der Integration bietet. Vor allem, da einige spezifische Elemente bestimmte Ministerien betreffen könnten, die direkt oder indirekt in einem der behandelten Bereiche involviert sind. Das Dokument wurde der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und ist auf der Website des MIFA abrufbar. Im Übrigen möchte Herr Brosius allen Akteuren danken, die als Experten in irgendeiner Weise zu dieser Studie beigetragen haben.

Herr Brosius erklärte, dass das MIFA-DI bereits verschiedene Schritte unternommen habe, um auf die in der Studie genannten Herausforderungen zu reagieren. Er betonte auch die Bedeutung dieses interministeriellen Ausschusses für die Festlegung eines gemeinsamen Arbeitsplans und die Koordinierung der jeweiligen Politik.

Herr Schmidt von CARITAS möchte auf das hinweisen, was Herr Weiss in Bezug auf Neuankömmlinge aus Drittländern erwähnte. Laut Herrn Schmidt ist es offensichtlich, dass dieses Phänomen in der Zukunft dazu führen wird, dass die Integration in Luxemburg, wie wir sie kennen, überdacht werden muss.

Frau Helpiquet vom CLAE fragte sich, ob das Phänomen der Reimmigration von der OECD berücksichtigt worden sei, als diese ihre Studie durchführte. Frau Helpiquet versteht darunter Personen, die seit etwa 20 Jahren in einem europäischen Land leben, dort die Staatsbürgerschaft erworben haben und schließlich ab 2008 aufgrund der Krise nach Luxemburg migrieren mussten. Laut Herrn Weiss wurden in der Studie, wenn auch nur am Rande, sowohl Neuzuwanderer als auch Personen berücksichtigt, die eine Staatsangehörigkeit in einem Land der Europäischen Union (ohne Luxemburg) erworben haben. Diese Statistiken sind nicht unbedingt die zugänglichsten, um eine genaue Studie zu erstellen.

Laut Herrn Weiss betreffen Regionalisierungsfragen nicht nur Personen, die die Staatsangehörigkeit besitzen, sondern auch solche, die sie nicht besitzen. Das Prinzip des Zusammenlebens bestehe darin, unabhängig von der Nationalität eines jeden zu interagieren. Herr Brosius fuhr fort, dass die Staatsangehörigkeit nicht der einzige Indikator für Erfolg sein sollte. Die Identifizierung und Priorisierung von Bedürfnissen bleibt entscheidend, um im Bereich Integration/Zusammenleben wirklich handeln zu können.

Herr Ferreira von ASTI erwähnte, dass die Studie das Verdienst habe, zu existieren, dass sie aber früher hätte durchgeführt werden sollen. Einige Elemente der Studie fielen Herrn Ferreira auf. Zunächst einmal werde, sobald es um Ausländer gehe, direkt das MIFA-DI angesprochen, obwohl einige Themen eher in den Zuständigkeitsbereich anderer Ministerien fielen. Ferreira zufolge ist die Koordination zwischen den Ministerien sehr wichtig, um bei verschiedenen Themen/Bedürfnissen effizient handeln zu können. Zweitens stellen sich seiner Meinung nach folgende Fragen: Was wird mit dieser Studie geschehen? Da der PIA noch nicht implementiert wurde, was wird MIFA-DI damit machen?

Herr Brosius erinnert daran, dass diese Studie und die daraus resultierenden Empfehlungen in das neue Integrationsgesetz einfließen werden. Es wurden Konsultationen mit Akteuren vor Ort durchgeführt und 70 Stellungnahmen gesammelt und online veröffentlicht (verfügbar auf der MIFA-Website). Ein erster Gesetzesvorschlag wird in Kürze vorgelegt werden. Dieser wird auf jeden Fall einen Rahmen schaffen, was dazu führen wird, dass wir gemeinsam einen konkreten Arbeitsplan festlegen, um das Zusammenleben in Luxemburg zu fördern. Anschließend will das MIFA-DI den nationalen Aktionsplan überarbeiten und dabei neue Elemente einbeziehen.



Bei den Überlegungen zu einem Programm für das Zusammenleben, das allen offensteht, ist der CAI eine gute Grundlage, auch wenn er durch mehr Module gestärkt werden muss. Diese können auf der Grundlage der ermittelten Bedürfnisse konzipiert werden. Einige Elemente der Studie werden auch dazu beitragen, einige der bestehenden Module nützlicher zu machen, sowohl für Flüchtlinge als auch für jeden, der an einer Teilnahme interessiert ist. Das Ziel, laut Herrn Brosius, ist es, die Partizipation zu fördern. Es geht nicht darum, etwas zu erzwingen, sondern denjenigen, die teilnehmen möchten, die Möglichkeit zu geben, diese Gelegenheit zu nutzen.

Was der PIA betrifft, so wird auf Initiative des MIFA-DI derzeit eine Bestandsaufnahme mit ministeriellen Akteuren und Betreibern von Unterbringungseinrichtungen durchgeführt. Herr Brosius erläuterte die Einbeziehung und Konsultation von zunächst sechs Partnern (MIFA-DI mit seinen Informationsveranstaltungen im Rahmen des PIA, MENJE mit der Erwachsenenbildung, SECAM, ONA, Caritas und Rotes Kreuz als Betreiber von Unterbringungseinrichtungen). Diese Bestandsaufnahme wird einen Überblick über die vorhandenen Instrumente geben, eine Vorstellung von der erreichten Zielgruppe vermitteln und es ermöglichen, die verschiedenen angewandten Methoden zu beobachten und zu harmonisieren. Außerdem wird das Feedback der Ausbilder zur Erstellung einer Liste bewährter Verfahren führen. Was die bestehenden Module betrifft, so können diese im Rahmen eines AMIF-Projekts ausgebaut werden, was zu einer Harmonisierung, Stabilisierung und Identifizierung von Themen/Bereichen führen wird, die bisher noch nicht behandelt wurden.

Zu den Bedürfnissen, die während des Treffens in Bezug auf die Integration identifiziert und aufgelistet wurden, betonte Ramdedovic, wie wichtig es ist, den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Das derzeitige Verfahren ist sehr komplex und oft langwierig, was Neuankömmlinge bei ihrer Integration oft behindert. Dieser Schritt ist oft der erste Schritt, den ein Neuankömmling unternimmt. Herr Ramdedovic versteht, dass diese Problematik nicht in den Zuständigkeitsbereich von MIFA-DI fällt, aber ihre Identifizierung als echter Bedarf im Rahmen der Integration sollte stärker hervorgehoben werden.

Frau Zuccoli von ASTI fragte, ob die Einstellung der Luxemburger zur Integration im Rahmen der Studie analysiert worden sei. Laut Rückmeldungen vor Ort erklärte Frau Zuccoli, dass eine gewisse Zurückhaltung auf lokaler Ebene seitens der Luxemburger fortbesteht. Herr Weiss antwortete, dass dieser Aspekt in dieser Studie nicht direkt berücksichtigt worden sei. Herr Brosius schlug die Idee vor, das Thema in Form einer Umfrage anzugehen.

Herr Ferreira von ASTI meinte, dass es bei interministeriellen Ausschüssen interessant wäre, kürzlich veröffentlichte Studien, die sich auf Integration beziehen, unter den Teilnehmern auszutauschen. Am Ende des Treffens schlug Herr Weiss die Lektüre der folgenden Studien vor:

- Zum Thema Multikulturalität im Land:
https://wwwfr.uni.lu/recherche/fhse/dbcs/people/elke_murdock
- Zu den Auswirkungen der Verstaatlichung:
<https://liser.elsevierpure.com/en/persons/christina-gathmann/publications/>
- Zum Thema Integration im Allgemeinen gibt es hier ein interessantes Projekt:
<https://liser.elsevierpure.com/en/projects/migration-duration-and-socio-cultural-integration>



3. Vorstellung des European Migrant Network (EMN) – National Contact Point Luxembourg

MIFA-DI dankt Herrn Petry vom European Migration Network (EMN) für seine Anwesenheit.

Herr Petry stellte "die luxemburgische nationale Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerks" vor, darunter insbesondere die Funktionsweise des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN), seine verschiedenen Produkte und Aktivitäten, und wie die luxemburgischen Behörden das Netzwerk konsultieren können.

Sergio Ferreira empfahl das vom EMN vorgeschlagene Glossar nachdrücklich, beklagte jedoch das Fehlen eines Glossars in luxemburgischer Sprache und fragte, ob dessen Erstellung in Zusammenarbeit mit dem Zenter fir Lëtzebuenger Sprooch nicht in Betracht gezogen werden könnte. Herr Petry bestätigte, dass das EMN noch keine luxemburgische Version anbietet, da Luxemburgisch nicht als Amtssprache der Europäischen Union anerkannt wird. Da die französische Version noch aktualisiert werden müsse, könnte ein Glossar in luxemburgischer Sprache eventuell entwickelt werden. Darüber hinaus sagte Herr Ferreira, er habe in Bezug auf die Arbeit mit Jugendlichen Schwierigkeiten beim Verständnis einiger im Glossar aufgeführter Begriffe festgestellt. Einige Kontaktstellen in anderen Mitgliedstaaten arbeiten mit einem vereinfachten Glossar, was in Zukunft ebenfalls interessant sein könnte, bestätigt Herr Petry vom EMN. Gerade für die Arbeit mit Jugendlichen könnte diese Version in Betracht gezogen werden.

Da die Präsentation im Powerpoint-Format erstellt wurde, wurde sie mit den Teilnehmern dieses Ausschusses per E-Mail geteilt.

4. Aktueller Stand

Herr Brosius erinnerte daran, dass das MIFA-DI einen Newsletter hat, der alle zwei Monate erscheint und alle Neuigkeiten des MIFA-DI sowie die jüngsten Initiativen, die im Rahmen der Integration unternommen wurden, zusammenfasst. Darüber hinaus schlägt Herr Brosius den verschiedenen anwesenden Ministerien vor, nicht zu zögern, sich mit Frau Heuertz in Verbindung zu setzen, wenn sie bestimmte Neuigkeiten/Aktivitäten im MIFA-ID-Newsletter fördern oder aufwerten möchten.

In Bezug auf die nächsten MIFA-DI-Veranstaltungen, informierte Herr Brosius dass der nächste GRESIL am 17. November 2021 stattfinden wird. Das Thema wird sich mit Dritten Orten und Orten des Zusammenlebens befassen. Anschließend findet am 20. November 2021 der nächste Orientierungstag im Rahmen des Aufnahme- und Integrationsvertrags (CAI) statt. Er wird auch dieses Mal in digitaler Form stattfinden.

5. Sonstiges

In dieser Sitzung des erweiterten Ausschusses wurden keine weiteren Punkte besprochen.